Bulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel. - Abr.: Tageblatt Pulsnit Bezirksanzeiger



Wochenblatt

Bant - Konten: Pulsniger Bant, Pulsnig und Commerz- und Privat-Bant, Zweigstelle Pulsnig

Anzeigen-Grundzahlen in Ap: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Ap, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Ap; amtlich 1 mm 30 Ap und 24 Ap; Reklame 25 Ap. Tabellarischer Sat 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/210 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsniger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnig sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und alteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsniter Amtsgerichtsbezirks: Pulsnit, Pulsnit, Pulsnit, Broßnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Obers und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnit, Mbertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: 3. 2B. Mohr in Pulanis

Nummer 153

Freitag, den 4. Juli 1930

82. Johrgang

Amtlicher Teil.

Rirchensteuer

Der 2. Termin Borauszahlungen auf Kirchensteuer 1930 wird am 15. d. Mts. sällig und ist in Höhe von 1/2 der für das Rechnungsjahr 1929 veranlagten Kirchensteuer zu entrichten. Pulsnig, am 3. Juli 1930.

Anzeigen Pulsnißer Tageblatt großen Erfolg

Unnahme der neuen Steuern im Reichsrat

Die Parifer Preffe zu Muffolinis Artitel über Paneuropa

Im Reichsrat wurde die Borlage über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und die Zuschläge zur Einkommensteuer in der Fassung der Ausschußbeschlüsse mit 56 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dasgegen stimmten die Länder Thüringen und Braunschweig und die preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern. Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Enthalten hat sich Mecklenburg-Schwerin. Die Tabakseuernovelle wurde gleichfalls angenommen, ebenso mit 33 gegen 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Antrag der Reichsregierung, in der Kontingentfrage die Regierungsvorlage wieder herzusstellen. Ebenso wurde dem Ergänzungshaushalt zugestimmt.

Der Reichstat genehmigte ferner eine Berordnung über den Kraftsahrzeugverkehr. Durch die Borlage wird das Gesamtsgewicht für zweiachsige Kraftwagen auf 7,8 Tonnen, für die dreisachsigen auf 16 Tonnen erhöht. Das Mitsihren von zwei Anhänsgern wird untersagt. Die Höchstgeschwindigkeit wird, wenn alle Räder der Krastwagen mit Luftreisen versehen sind, erhöht.

Mit einigen Aenderungen wurde das bisherige Gesetz über den Bermahlungszwang für Inlandsweizen, das bisher besriftet war, auf unbegrenzte Zeit in Kraft gesetzt.

Der Reichsrat erledigte am Donnerstag unter dem Vorsitz bes Reichsfinanzministers Dietrich zunächst kleine Borlagen. Dann folgte die Beratung der sogenannten Deckungsvorlagen (Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer, Fristenänderung für die Tabaksteuer und Ergänzungshaushalt).

Jum Notopfer, das die Reichshilfe der Beamten und die anderen Steuerzuschläge umfoßt, führt der Berichterstatter, Preußischer Ministerialdirektor Hog, aus: Wie in den Beratunsen zum Ergänzungsetat zum Ausdruck kommen wird, verschließt sich der Reichsrat trop schwerster Bedenten nicht der Notwendigsteit, zum Ausgleich der Fehlbeträge im Reichshaushalt Deckung durch Bewilligung neuer Abgaben in Höhe von etwa 300 Millionen Km. zu schaffen.

Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Reichshilse der Beamten, oder wie es genauer heist, der Personen des öffentlichen Dienstes. Sie stößt zwar auch jest noch im Reichsrat auf starke Bedenken, aber das Opfer, das man von den Beamten verlangt, ist nicht mehr so groß, und es ist nicht mehr isoliert, da andere Hauptbetroffenen sind immer noch die Beamten und Angestellten Hauptberoffenen sind immer noch die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Die höheren Beamten sollen außerdem noch dem allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer, die ledigen Beamten endlich noch dem Ledigenzuschlag unterliegen.

Der allgemeine Zuschlag zur Einkommensteuer sür die Einkommen über 8000 Km. in Höhe von 5 Prozent der Einkommensteuer ergibt den verhältnismäßig geringen Ertrag von 58 Milklionen. Grundsähltch stehen die Reichsratsausschüsse auf dem Standpunkt, daß schon die heutigen hohen Steuersähe für die größeren Einkommen eine Gesahr für die Kapitalbildung und Kapitalerhaltung in Deutschland bilden. Wenn man nun noch, wenn auch in beschränktem Maße, einen Zuschlag auf diese Sähe legt, so wird diese Maßnahme unter keinen Umständen verlängert werden dürsen. Der allgemeine Zuschlag zur Einkommensteuer und der der Ledigen sollen ebenso wie die Keichshilse der Beamten ausschließlich der Reichskasse zussließen.

Bur Tabakstenernovelle

erklärte der Berichterstatter, Ministerialdirektor Kempf, daß es sich einmal darum handele, eine Einnahme von rund 48 Millionen durch Berkürzung der Zahlungsfristen auf einen Monat zu gewinnen. Gegen diesen Borschlag wurden Bedenken in den Ausschüssen nicht erhoben. Dann soll eine Berlängerung der Zigarettenkontingentierung um ein Jahr bis zum 31. März 1932 erfolgen. Diese Berlängerung wird von der Regierung für notwendig gehalten, um der Industrie die Ausbringung der zusätzelichen Steuerzahlung zu erleichtern.

Zur zweiten Ergänzung des Haushalts für 1930 führte der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, u. a. aus: Zur Deckung des Fehlbetrags von rund 485 Millionen sollen 185 Millionen bei den Ausgaben gestrichen werden.

Darüber hinaus tämen im Augenblick nur noch finanztechnische Abstriche in Frage. Als solche kommen theoretisch u. a.
in Betracht: 1. Berminderung der einmaligen Schuldentilgung
unter Aenderung des Weihnachtsgesetzes im Einverständnis mit
den Geldgebern. 2. Declung der neuen Ansähe für Kanalbauten
(70 Millionen) durch Anleihe. 3. Beschräntung der Zahlung an
den Tilgungsfonds für die Anleiheablösung auf die tatsächlich in
diesem Rähre benötigte Summe (196 statt 240 Millionen) unter
Alenderung des Gesetzes. 4. Darüber hinaus Auflösung des angetammelten Tilgungssonds der aus Papieren im Rennbetrag
von 375 Millionen, meist Reichsanleihe besteht. 5. Auslezung
der Tilgung der Kentenscheine. 6. Weiterer Bertauf von Reichsbahnvorzugsaftien aus dem verbleibenden Besitz des Reiches
(731 minus 299 gleich 432 Millionen).

Der Generalberichterstatter für den Haushalt spricht im Reichsrat

Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Generalberichterstatter sür den Keichshaushalt sprach im Reichsrat über nie zweite Ergänzung des Haushaltes sür 1930. Die entscheidende Frage sei, ob durch erhöhte Abstriche im Etat die neuen Abgaben ganz oder teilweise entbehrlich wersen könnten. Die Beurteilung werde dadurch erschwert, daß die Keichsregierung die von ihr beabsichtigten Abstriche von 100 Millionen Mark (bei einem Deizit von 480 Millionen Mark) noch nicht deklariert, sondern sich nur Vollmacht geben sasse, Preußen vertrat den Standpunkt, daß beim Keichswehrministerium größere Streischungen möglich seien. Darüber hinaus kämen augensblicklich noch sinanztechnische Striche in Frage:

Verminderung der einmaligen Schuldentilgung unter Nenderung des Weihnachtsgesehes im Genverständnis mit den Geldgebern; Deckung der Renansähe für Kanalbauten (70 Millionen) durch Anleibe; Beschränfung der Zahlung an den Tilgungssonds für die Anleihe-Ablösung auf die tatsächlich in diesem Jahre benötigte Summe (196 statt 240 Millionen); Auftösung des angesammelten Tilgungskonds, der aus Papieren im Rennbetrage von 375 Milkionen (nicht Reichsanleihen) besteht; Aussehung der Tilgung der Kentenscheine; Weiterverkauf von Keichsbahnvorzugsaftien aus dem verbleibendem Besit des Reiches von 432 Millionen.

Entscheidend sei für die Ausschüsse freilich der Gesichtspunkt gewesen, daß die Mindereinnahmen aus Steuern und Zöllen für 1930 allen Ameichen nach zu gering geschätzt seien und daß die Ausgaben für Arbeitslosigkeit sich noch erhöhen werden.

Sofort nach Erledigung des Haushaltes müsse das Sparprogramm auf lange Sicht in Angriff genommen werden.

In der Aussproche wies Reichssinanzminister Dietrich darauf hin, daß positive Streichungsanträge nicht vorgespracht worden seien. Die Kürze und der Ernst der Zeit dränge zum Handeln. Das deutsche Volk werde auch diese Schwierigkeiten überwinden.

An die Rede Dietrichs schlossen sich die Abstimnungen an.

1126,8 Millionen Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Der Fehlhetrag des Reichshaushalts hat sich im Mai 1930 auf insgesamt 1 1 2 6,8 Mill. Rm. erhöht, wo-von 522,1 Mill. Rm. auf den ordentlichen und 604,7 Mill. Reichsmark auf den außerordentlichen Haushalt entfallen. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt waren mit 440,7 Mill. Rm. wesentlichen Haushalt waren mit 440,7 Mill. Rm. wesentlichen mit 613,7 Mill. Rm. um etwa 100 Mill. Rm. hinter dem Bormonat zurück. Im außer-

vrdentlichen Haushalt erscheint die Sondereinlage bei der Bank für internationale Zahlungen mit 100 Mill. Rm. unter den Ausgaben. Die schweben de Schuld des Reiches hat sich seit dem 30. April um 62,4 auf 1479,0 Mill. Reich smark verringert.

Um die Renten der Kriegsbeschädigten.

Deutscher Reichstag.

190. Sigung, Donnerstag, den 3. Juli.

Bei der Weiterberatung des Haushalts für Versorgungen und Ruhegehälter bestritt Abg. von Troilo (Dnat.) die von der Regierung vorgetragene Meinung, daß man heute einen Zusammenhang zwischen Invalidität und Ariegsverletzung kaum noch seststellen könne. Die Inanspruchnahme des Reichsarbeitsministeriums durch die Arbeitslosensrage zwinge dazu, entweder letztere oder die Berrenung der Ariegsbeschildigten von dem genannten Ministerium loszulösen.

Abg. Lude (Wp.) erklärte, daß der sozialdemokratische Anstrag, der an den Grundlagen des Berussbeamtentums rüttle, höchstens als Notmaßnahme angesehen werde. Die Anrechnung des Privatvermögens könne dazu sühren, daß ein Beamter überhaupt teine Pension mehr erhalte. Die Wirtschaftspartei trete sür begründete Ansprüche der Kriegsbeschädigten mit aller Entschiedenheit ein. Man müsse auch die Sicherheit des Berussbeamtentums aufrechterhalten. — Abg. Brüninghaus eines der Kriegsbeschädigten nunmehr absichlösse. Iwölf Jahre nach dem Kriegsbeschädigten nunmehr absichlösse. Iwölf Jahre nach dem Kriege seien noch 33 000 Anssprüche auf Kriegsbeschädigtenversorgung neu erhoben worden. Die Boltspartei lehne die Schaffung eines eigenen Ministeriums für Kriegsbeschädigte entschieden ab.

Abg. Sparrer (Dem.) lehnte die Schaffung eines besoneren Kriegsgeschädigtenministeriums oh.

deren Kriegsgeschädigtenministeriums ab. Auch Abg. Loibl (Baper Bp.) wand

Auch Abg. Loibl (Bayer Bp.) wandte sich gegen den deutschnationalen Borschlag, ein Ministerium für Versorgungs- und Ruhegehälter zu errichten.

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernb.) erklärte, in der Notzeit müßte das Geld da genommen werden, wo es bisher zu reichlich gegeben sei, nämlich bei den hohen Pensionen. Dr. Best (Wp.) lehnte ein Pensionskürzungsgeset ab. Damit schloß die Aussprache. Der Haushalt wurde genehmigt.

Der sozialdemokratische Pensionskürzungsantrag wurde dem

zuständigen Ausschuß überwiesen.

Dann wurde dem Haushalt der Reichsschuld zugestimmt. Die Novellen zum Bantgesetz und zum Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbantscheinen gingen an den Haushaltsausschuß. Die Satzungsänderung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes wurde in dritter Beratung angenommen. Das Haus will in der nächsten Sitzung kleine Borlagen und den Gesehentwurf über den Reichswirtschaftsrat in zweiter Lesung bestaten.

Das Reichskabinett berät den Paneuropa-Vorschlag.

Das Kabinett wird am Sonnabend die Antwort auf das Memorandum des französischen Außenministers über den sogenannten Paneuropa-Patt beraten. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages wird am Dienstag zu der von der Regierung vorbereiteten Antwort Stellung nehmen. Die Regierung wird sich wahrsche in lich zu Berhandstellung nehmen. Die lungen über den Briandschen Plan bereit erklären, ohne eine bestimmte Zusage zu geben.

Die Pariser Presse zu Mussolinis Artikel über Paneuropa

Paris. Einige Pariser Blätter, unter benen sich der "Intransigeant" und das "Journalde Debats" auszeichnen, nehmen zu dem Artitel Mussolinis über die Paneuropa-Denkschrift Briands Stellung, den Mussolini durch eine Agentur veröffentlicht hat. Mussolini hat in dem Artitel sestgestellt, daß, wenn auch die unter germanischer Führung stehende Völferkombination zerschlagen sei, doch neben dem Britischen Reich und den Bereinigten Staaten das Deutsche Reich bestehen geblieben sei und zwar auf der